

Woidke sucht neue Windradgebiete

Nordkurier
22.06.09
Berlin-Brandenburg

VOLKSINITIATIVE Die Fraktion der Linken will sich bei Landtagsdebatte zum Mindestabstand der Stimme enthalten.

POTSDAM (DPA). Nach den Plänen von Agrar- und Umweltminister Dietmar Woidke (SPD) sollen künftig 1,9 Prozent der Brandenburger Landesfläche für Windanlagen genutzt werden. Bislang seien es 1,3 Prozent. Für die alternativen Energieträger müssten nun weitere Areale gefunden werden, antwortete Woidke auf eine parlamentarische Anfrage. Aktuell stünden auf 370 Quadratkilometer Windparks und einzelne Windräder. In der Endstufe sollen es 555 Quadratkilometer sein. Ein Zeitplan für die Erweiterung wurde vom Minister nicht genannt.

Es sei der Landesregierung bewusst, dass die Suche nach den neuen Flächen „nicht konfliktfrei verlaufen wird“, erklärte Woidke. Sowohl die Nähe zu Wohngebieten als auch die Beeinträchtigung von Naturräumen würden kontrovers diskutiert. Es müssten „möglichst konfliktarme Gebiete“ gefunden werden. Zu dem klimaschonenden Energieträger gebe es aber keine Al-

ternative, meinte Woidke. Kürzlich hatte sich der Brandenburger Landesvorsitzende des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), Tom Kirschey, dafür ausgesprochen, in Schutzgebieten bestimmte Bereiche für Windräder freizugeben - z.B. Randzonen von Biosphären-Reservaten. Woidkes Vorschlag, die Energieanlagen in Kiefernwäldern zu bauen, stieß hingegen auf Ablehnung des NABU.

Die Linke will sich bei der Landtagsabstimmung über die Volksinitiative „Gegen die Massenbebauung Brandenburgs mit Windenergieanlagen“ mehrheitlich der Stimme enthalten. Die Linken befürworteten zwar den Schutz Betroffener vor negativen Auswirkungen von Windrädern, teilte Fraktionschefin Kerstin Kaiser am Sonnabend in Potsdam mit. Die von der Initiative erhobenen pauschalen Forderungen nach 1500 Metern Mindestabstand zwischen Windrädern und Ortschaften sowie nach zehn Kilometern Abstand zwischen Windradgebieten hielten die meisten Fraktionsmitglieder für überzogen.

Der Landtag will sich in seiner Sitzung am 2. und 3. Juli mit dem Thema beschäftigen. Der Umweltausschuss des Landesparlaments hatte die Forderungen der Volksinitiative abgelehnt.